

# Städte am Pranger

## Umwelthilfe kritisiert zu lasche Kontrollen in Umweltzonen / Kommunen wehren sich

**DÜSSELDORF. Was bringen Umweltzonen für den Autoverkehr? Darüber lässt sich trefflich streiten. Viele Städte in- Nordrhein-Westfalen scheinen nicht zu viel Energie darauf zu verwenden, Dreckschleudern zu verbannen. Das zumindest behauptet die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Die Städte halten dagegen.**

Viele NRW-Städte verhängten laut Umwelthilfe 2012 im Vergleich nur wenige Bußgelder, wenn Autofahrer ohne die vorgeschriebene Plakette in die Umweltzone fahren. „Bei manchen Städten wie Bonn und Köln grenzt das Kontrollverhalten an Totalverweigerung“, so DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch.

„Die DUH macht die Zahl der Knöllchen zum Maßstab des Erfolgs einer Umweltzone“, sagte ein Sprecher der Stadt Köln. Dort hatten die Behörden laut Umwelthilfe 2012 zwar knapp 2200 Verstöße entdeckt, die Autofahrer aber nur in 36 Fällen zu einem Bußgeld verdonnert. Die Stadt begründet das auch mit der unsicheren Rechtslage bei Verstößen im ruhenden Verkehr. So sei nicht klar, ob der Halter haftbar gemacht werden könne, sagte der Sprecher.

### „Kein Indiz“

Den Fahrer eines parkenden Wagens treffe eine Politesse aber selten an. „Wir können die Kritik nicht nachvollziehen“, sagte auch eine Sprecherin der Stadt Bonn. „Politessen sind täglich unterwegs.“ Weniger verhängte Bußgelder seien kein Indiz dafür, dass die Stadt schlecht kontrolliere, sondern könnten auch zeigen, dass sich viele Autofahrer korrekt verhielten.

An der Spitze der Umfrage stehen die Städte Herne und Krefeld. Ihnen gab die Deutsche Umwelthilfe jeweils fünf Punkte und damit die „Grüne Karte“ für vorbildliche Kontrollen.

Bundesweit erreichten nur sechs Städte diesen Wert - neben den NRW-Städten Berlin, Bremen, Frankfurt am Main und Leipzig. Eine „Gelbe Karte“ gab es in NRW etwa für Münster, Düsseldorf, Gelsenkirchen oder Wuppertal. Dortmund und Bochum erreichten jeweils nur einen Punkt - und somit die „Rote Karte“. Im Durchschnitt erreichten die NRW-Umweltzonen zwei Punkte. Im bundesweiten Vergleich lagen sie damit im unteren Mittelfeld.

Gegen einzelne „kontrollfaule“ Städte will die DUH jetzt klagen, damit das Einfahren künftig besser überwacht werde. Die Ankündigung nannte der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, „Aktionismus“. Bei hohem Spardruck, immer mehr Aufgaben und immer weniger Personal seien die Kommunen zu „natürlichen Grenzen“ gezwungen. Die Umweltzonen hätten sich zudem als wenig wirksam erwiesen.

„Messtechnisch gesehen haben die Umweltzonen sehr sehr viel gebracht“, sagte dagegen ein Sprecher des Landesumweltamtes. Das sei gerade in Städten der Fall, die auf diese Weise Feinstaubwerte knapp unterhalb der seit 2005 europaweit geltenden Grenzwerte erreichten. Dadurch bleibe ihnen die Meldung nach Brüssel erspart. **dpa**